

Das neue Regionalradiogesetz

Wege zur Medienkonzentration?

Die Regierung scheint zwar Angst davor zu haben, daß die geplanten Privatradios den Rundfunkbereich in Österreich so verkommerzialisieren werden, daß die Qualität des Radios drastisch sinken wird, effektive vorbeugende Schritte dagegen sind aber nicht vorgesehen. Nichtkommerzielle Radiostationen, ein solches international (Europäisches Parlament, viele Publizistinnen/en im In- und Ausland) bereits anerkanntes Instrument gegenzusteuern, werden weder im Regionalradio-Gesetzesentwurf erlaubt, geschweigen denn wird über mögliche Finanzierungserleichterungen nachgedacht.

Nach jahrelangem hin und her gibt es nun überraschenderweise doch einen Radio-Gesetzesentwurf der Koalition. Österreich war gezwungen, etwas zu ändern, weil das derzeitige Rundfunkgesetz nach Meinung des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg nicht den Menschenrechten entspricht. Geplant ist nun ein duales Rundfunksystem, bestehend aus dem bundesweiten ORF und aus Privatradios, die möglichst ein ganzes Bundesland bestrahlen sollen.

In ihrer Stellungnahme zum Verfahren beim Europäischen Gerichtshof hat die Bundesregierung u.a. geschrieben:

"... es wird traditionellerweise abgelehnt, daß Rund-

funk wie ein der Gewinnmaximierung dienendes Geschäft betrieben wird." Umso unverständlicher ist es, daß freie, nichtkommerzielle Radios nun nicht gefördert werden sollen. Man braucht nur die Entwicklung des Programms des ORF zu betrachten, um zu erkennen, daß sich die Gestaltung von Radio- und Fernsehprogrammen nach der Konkurrenz richtet. Der ORF hat sich an die ausländischen Kommerzialsender angepaßt und die inhaltliche Qualität sinkt. Nichtkommerzielle Sender, die auf hohe Einschaltziffern weniger angewiesen sind, und daher anspruchsvollere Programme machen könnten, wären ein Gegenbeispiel. Dadurch dürften auch andere Sender reagieren und vermehrt auf Information, Bildung und Kultur setzen. Ich stelle mir ein Programm, das für Hörerinnen und Hörer (die das auch durch Spenden mitfinanzieren würden) gemacht wird, wesentlich spannender vor, als ein Programm für Werbende Konzerne, für die natürlich nur hohe Einschaltquoten interessant sind.

Überraschenderweise ist im Gesetzesentwurf sogar von Lokalradios die Rede, auf die bei der Frequenzvergabe Rücksicht genommen werden soll. Man scheint sich also bewußt zu sein, daß es einen Bedarf nach lokalem Rundfunk gibt. Das Gesetz

sieht solche Radios allerdings nicht vor. Gerade Lokalradios (z.B. in Städten und Landesteilen) würden sich für nichtkommerziellen Rundfunk eignen, da je kleiner das bestrahlte Gebiet ist, auch die Kosten sinken. Damit sinkt aber auch die theoretische Reichweite, wodurch etwaige Werbeeinnahmen minimal werden. Den nichtkommerziellen Stationen wäre das egal, und den Medienkonzernen entgeht praktisch nichts vom Werbekuchen. (Lokale Frequenzen sind reichlich frei). Wer verhindert also diese Initiativen, die es als Piratenradios in ganz Österreich bereits gibt?

Im Gesetzesentwurf wird Objektivität und Vielfalt von jedem einzelnen Rundfunkveranstalter gefordert. Ob das mit nur einem Kanal annähernd möglich sein wird, muß bezweifelt werden. Die Argumentation der "Grünen", daß Objektivität nur durch Vielfalt, also durch viele Programmveranstalter gewährleistet werden kann, klingt da schon plausibler. Sie haben, einen eigenen Gesetzesentwurf verfaßt, der einen Fonds vorsieht, aus dem nicht durch Werbung finanzierte Radios unterstützt werden sollen. Die kommerziellen Radios sollen diesen Fond durch eine 3 %ige Abgabe auf ihre Werbeeinnahmen finanzieren.

Es hat sich nämlich im Ausland, vor allem in Italien,

Frankreich und Griechenland gezeigt, daß zwar in der ersten Zeit nach der Rundfunkliberalisierung noch freie Radios existierten, nach und nach aber von den anderen geschluckt wurden. Auch einige ehemaligen Mitarbeiter des Piratenradios in Wien arbeiten inzwischen bei kommerziellen Projekten mit. Ohne finanzielle Unterstützung wären freie Radios auch in Österreich kaum lebensfähig.

Die Regierung jedoch geht den Weg zum Kommerzradio. Zwar dürfen Zeitungsverlage nur 33 % eines Regionalradios besitzen, das heißt, aber nichts anderes, als daß Krone, Kurier und WAZ gemeinsam einen Sender für Wien- Niederösterreich (wird als ein Bundesland gewertet) und zusammen mit ausländischen Investoren zwei weitere Bundesländerradios betreiben könnten.

Auch die FPÖ hat einen eigenen Entwurf eingebracht. Da er aber wenig innovativ ist möchte ich ihn hier nicht diskutieren.

Bernt Koschuh
Ali Panz